

## Antrag

# A3NEU Aus christlicher Überzeugung für Demokratie und gegen rechten Extremismus und Populismus

Antragsteller\*in: Lisa Holzer (KjG)  
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

### Antragstext

#### 1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und **rechtspopulistische** Positionen und Handlungen **sind geprägt**  
3 **durch** Hass auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung.  
4 Zu den betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich)  
5 Menschen mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen,  
6 jüdische Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen.  
7 Rechte Akteur\*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem  
8 häufig feindlich gegenüber Muslim\*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische  
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. **Eine Strategie der neuen Rechten ist**  
11 **Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und**  
12 **dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt**  
13 **fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen.** Dies beinhaltet unter  
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung  
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am  
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte  
17 **politische** Vertretungen und **Gewalt gegen** marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im  
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.

20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger, Personen und  
21 Gruppierungen in Legislative, Exekutive und Judikative vertreten vermehrt extrem  
22 rechte und **rechtspopulistische** Ideologien.

#### 23 Positionierung

24 Als **katholische Jugendverbände** stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte  
25 und **rechtspopulistische** Positionen und Handlungen und setzen uns für eine  
26 vielfältige und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von  
27 demokratischen Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns  
28 selbstverständlich.

29 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in  
30 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar  
31 gegen Demokratiefeindlichkeit und **Autoritarismus**. Wir bekennen uns zur **Umsetzung**  
32 und Wahrung der Menschenrechte weltweit. **Um das zu gewährleisten, braucht es**  
33 **partizipatorische Prozesse und demokratische Kontrollmechanismen.**

34 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,  
35 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns  
36 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese  
37 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir  
38 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen  
39 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die  
40 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

41 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022  
42 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

### 43 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

#### 44 • **Position beziehen**

45 ***Wir beziehen öffentlich klar Position gegen rechtsextreme Übergriffe und***  
46 ***Gewalttaten, solidarisieren uns mit den Betroffenen und setzen uns***  
47 ***nachdrücklich für Aufklärung und Aufarbeitung ein.*** Wir nutzen unsere  
48 Kontakte, um auf die eindeutige Abgrenzung von **extrem** rechten  
49 Akteur\*innen, ***insbesondere auch in den kirchlichen Strukturen,***  
50 hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits Beschlüsse gefasst, die wir an  
51 dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

#### 52 • **Bildungsarbeit**

53 Die BDKJ Bundesebene gestaltet ein Bildungsangebot für die Jugend- und  
54 Mitgliedsverbände mit der Zielrichtung der praktischen Umsetzung dieser  
55 antifaschistischen Grundhaltung.

#### 56 • **Vernetzung**

57 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und Diözesanverbändenweiter  
58 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot **für**  
59 **sie**, bei dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise  
60 der anderen erweitert werden können. Zudem vernetzt sich der BDKJ  
61 Bundesvorstand mit anderen antifaschistischen Organisationen und  
62 Gruppierungen, u.a. **mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche &**  
63 **Rechtsextremismus (BAG K+R) und dem Bundesverband Mobile Beratung**, u.a.  
64 mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R) und  
65 dem Bundesverband Mobile Beratung, um eine größere Schlagkraft zu  
66 entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir Projekte, die unsere  
67 demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die U18/ U16-Wahlen des  
68 DBJR.

#### 69 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

70 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik  
71 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht  
72 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische  
73 Jugendverbandler\*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei  
74 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen  
75 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden  
76 unvereinbar.

### 77 **Forderungen an die Politik**

78 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen  
79 und gegen Angriffe **aus dem rechtsextremen** Spektrum zu verteidigen, fordern wir  
80 von der Politik:

81 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

82 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche  
83 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln  
84 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften  
85 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre  
86 Feind\*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich  
87 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien  
88 und **deren nachgeordneten Organisationen** sowie Stiftungen zu begrenzen und  
89 einzustellen. Deshalb begrüßen wir das **Stiftungsfinanzierungsgesetz**, das  
90 die Förderung von politischen Stiftungen an die Verfassungstreue knüpft.

91 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus**

92 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass  
93 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller  
94 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum  
95 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es  
96 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen. Wir solidarisieren uns mit  
97 den Betroffenen von strukturellem Rassismus und fordern eine umfassende  
98 Aufarbeitung dieser Strukturen und Vorfälle.

99 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

100 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter  
101 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche  
102 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,  
103 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie  
104 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir  
105 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,  
106 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört  
107 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun. **Dabei darf insbesondere Gewalt in  
108 und durch digitale Räume und deren Folgen nicht verharmlost werden.**<sup>2</sup>

109 • **Verstetigung der Finanzierung von Demokratieförderung und politischer  
110 Bildung**

111 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte **und Initiativen** zur  
112 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären  
113 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete  
114 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf  
115 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der  
116 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und  
117 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter  
118 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden. **Darüber hinaus  
119 fordern wir, dass Präventionsmaßnahmen die gegen extremistische Ideologien  
120 aufklären flächendeckend gefördert werden und politische Bildung in allen  
121 Schulformen fester Bestandteil der Lehrpläne sein muss.**

122 • **Zurückdrängen extrem rechter und rechtspopulistischer Positionen**

123 Extrem rechte und **rechtspopulistische** Positionen verbreiten sich zunehmend  
124 in der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um  
125 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant\*innen oder Angriffe auf  
126 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv  
127 dafür einzusetzen, **rechtsextreme** und **rechtspopulistische** Positionen aus  
128 ihren eigenen Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.  
129 ***Dazu gehört für uns, gemeinsam Haltung zu zeigen und auf populistische***  
130 ***(Wahlkampf-)Strategien zu verzichten. Rechtspopulistische Aussagen, die zu***  
131 ***Desinformation führen, dürfen nicht unwidersprochen stehen bleiben. Ein***  
132 ***respektvoller und faktenbasierter Umgang mit demokratischen***  
133 ***Mitbewerber\*innen muss gewahrt bleiben.***

134 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist\*innen**

135 Wir nehmen war, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,  
136 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich  
137 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch  
138 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische  
139 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende  
140 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist\*innen und  
141 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,  
142 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu  
143 schützen.

144 **Forderungen an die katholische Kirche**

145 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

146 • **Reform und Aufarbeitung**

147 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende  
148 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und  
149 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,  
150 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der  
151 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.  
152 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der  
153 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

154 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

155 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss  
156 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir  
157 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen  
158 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu  
159 beziehen.

160 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist\*innen involviert sind**

161 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist\*innen Demonstrationen und  
162 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig  
163 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,  
164 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den  
165 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und  
166

167            Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist\*innen  
168            beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator\*innen teilnehmen  
169            können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht  
170            für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

171            • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ\*innen und der extremen**  
172            **Rechten benennen und bekämpfen**

173            In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft  
174            und gegen liberale Christ\*innen bilden fundamentalistische Christ\*innen  
175            und Akteur\*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige  
176            Akteur\*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den  
177            Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit  
178            fundamentalistischen Christ\*innen an sich, klar zu benennen, sich von den  
179            beteiligten Akteur\*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den  
180            kirchlichen Strukturen auszuschließen.

181            Wir setzen uns nachdrücklich für **eine** Gesellschaft und für eine Kirche **ein, die**  
182            frei von Diskriminierung sind. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und  
183            Handlungen. Wir sind antifaschistisch.

184            [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-  
185            Hauptversammlungen 2016 und 2020

186            [\[2\] "Digitale Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen"](#) - Beschluss des BDKJ-  
187            Hauptausschusses 2024

## **Begründung**

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.